

ANDREAS REICHSTEIN

Die Zukunft der Arbeitswelt

Steigende Arbeitslosenzahlen in der BRD, Wegfall von Arbeitsplätzen durch Rationalisierung aufgrund der Automation von Arbeitsprozessen und eine Globalisierung des Arbeitsmarktes mit verstärkter Ausbeutung der sogenannten Dritten Welt haben die Debatte über die Zukunft der Arbeit in den vergangenen Jahren angeheizt, wie schon lange zuvor nicht mehr. Nicht von ungefähr hat der Journalist Jeremy Rifkin seiner 1996 veröffentlichten Studie den provozierenden Titel: *The End of Work* gegeben. Und Arno Heises erster Satz der Zusammenfassung seiner Studie *Arbeit für Alle – Vision oder Illusion?* faßt die Situation folgendermaßen zusammen: »Seit nunmehr über zwei Jahrzehnten wird in der Bundesrepublik das Ziel der Vollbeschäftigung – hier verstanden im Sinne Beveridges – beständig und mit steigender Dramatik verfehlt.«¹ Wenn nun gleichzeitig Michael Brie im Kommentar *Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus*² unter der Überschrift: »Arbeit ist nicht alles. Aber ohne Arbeit ist Alles nichts« (S. 59) schreibt: »Lohnarbeit ist eine absolut unverzichtbare, wenn auch keinesfalls hinreichende Bedingung von Freiheit und elementarer Gleichheit geworden« (S. 61), sowie: »Das Ende der Arbeitsgesellschaft wäre das Ende der Demokratie« (S. 61), dann scheint darin ein Widerspruch zu liegen, beziehungsweise könnte »bestenfalls« bedeuten, daß wir uns möglicherweise dem Ende der Demokratie nähern. Gibt es noch Arbeit für alle und ist Lohnarbeit wirklich unverzichtbar für eine Demokratie?

In dem Versuch, für diese Fragen eine Antwort zu finden, ist es zuallererst notwendig, den Begriff »Arbeit« zu untersuchen. Eine Definition des Wortes »Arbeit« findet sich in jedem Lexikon und nennt neben der physikalischen Bedeutung die volkswirtschaftliche: »jede meist zweckgerichtete Tätigkeit zur Befriedigung materieller oder geistiger Bedürfnisse des einzelnen oder der Allgemeinheit. Aus der Notwendigkeit der menschl. A. für die Erhaltung der Gesellschaft wird die Pflicht zur A., aus der Notwendigkeit zur Erhaltung des eigenen Lebens u. der Befriedigung der eigenen Bedürfnisse das Recht auf A. abgeleitet« (Bertelsmann-Lexikon 1997). Die eingangs angesprochene Debatte bezieht sich jedoch zuerst nur auf die Lohnarbeit, d.h. die Arbeit, die gegen Entgelt – den Arbeitslohn – für einen Arbeitgeber verrichtet wird. Dabei entspricht der Arbeitslohn nicht einem Teil der vom Arbeiter produzierten Ware, sondern »ist der Teil schon vorhandener Ware, womit der Kapitalist eine bestimmte Summe produktiver Arbeitskraft an sich kauft«³. Mit dieser Aussage fußt Karl Marx auf dem Philosophen Thomas Hobbes, der

Andreas Reichstein – Jg. 1953, Amerikahistoriker, Universität Hamburg, Landesfachgruppen-Vorsitzender der IG Medien, Mitglied der AG Politische Bildung der PDS Hamburg. Erstveröffentlichung in: UTOPIE kreativ, Heft 85/86, S. 74-85.

1 Arne Heise: *Arbeit für Alle – Vision oder Illusion?*, Marburg 1996, S. 309.

2 *Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus*, Ein Kommentar, herausgegeben von: Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V., Berlin 1997.

3 Karl Marx, *Lohnarbeit und Kapital*, Separat-Ausdruck aus der »Neuen Rheinischen Zeitung« vom Jahre 1849, Berlin 1891, abgedruckt in: Karl Marx: *Lohnarbeit und Kapital*, Berlin 1971, S. 25. Eine weitergehende Diskussion des Begriffes »Arbeit« würde den Rahmen dieses Papiers sprengen. Siehe hierzu näher zum einen: Wolfgang Fritz Haug (Hrsg.): *Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd 1, Hamburg/Berlin 1994, S. 402-422 und Keith Grint: *The Sociology of Work*, Cambridge 1991, S. 7-47.

4 Zitiert nach Karl Marx: Lohn, Preis und Profit, Berlin 1971, S. 40.

5 Karl Marx in seinen Notizen zu List (1841), zitiert nach F. List: Das nationale System der politischen Ökonomie, Berlin/W 1982, S. 459f.

6 Vgl. Ernesto Che Guevara: Ökonomie und neues Bewußtsein, Schriften zur politischen Ökonomie, 2 Bde., Berlin 1969, Bd.1, S. 44ff.

7 So Michael Brie in: Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus, Ein Kommentar, herausgegeben von: Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V., Berlin 1997, S. 61.

8 Karl Marx: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin 1974, S. 591f.

9 Wladimir. I. Lenin: Zur sogenannten Frage der Märkte, in: W.I.Lenin, Werke in 3 Bänden., Berlin 1972, Bd. 1, S. 69-116 (hier S. 79).

in seinem Werk *Leviathan* bereits 1651 schrieb: »Der Wert eines Menschen ist wie der aller anderen Dinge sein Preis: das heißt soviel als für die Benutzung seiner Kraft gegeben würde.«⁴ Lohnarbeit ist für Marx daher entfremdete Arbeit – nicht nur im Sinne von Adam Smith als Prozeß der Veräußerung von Eigentum, sondern wie bei Hegel als Entäußerung des Wesens, nicht nur des Habens –, die zur Zwangsarbeit wird, weil sie nicht freiwillig geleistet wird. »Die Arbeit [im Sinne von Lohnarbeit] ist ihrem Wesen nach die unfreie, unmenschliche, ungesellschaftliche, vom Privateigentum bedingte und das Privateigentum schaffende Tätigkeit.«⁵ Als Einheit von Lohnarbeitsprozeß und Wertbildungsprozeß ist der Produktionsprozeß ein Prozeß von Waren. Arbeit ist Werts substanz und der Wert der Arbeitskraft bestimmt sich nach dem Wert der Lebensmittel im weitesten Sinne, die zu ihrer erweiterten Reproduktion notwendig sind. Alle Diskussionen um Profite, Wertgesetz und Geld kreisen um die Existenz einer Waren produzierenden und konsumierenden Gesellschaft.⁶ Faßt man den Begriff der zu konsumierenden Ware weiter als den ursprünglich rein dinglichen, materiellen, so sind auch die heute als Dienstleistungen ausgewiesenen Tätigkeiten produzierte Waren, wonach eine Unterscheidung im klassischen Sinne zwischen Arbeiter und Angestellten hinfällig wird, da beide ihre Arbeitskraft einem Arbeitgeber für einen Arbeitslohn zur Verfügung stellen, um eine Ware – ob materiell als Produkt oder immateriell als Dienstleistung – zu produzieren. In diesen Zusammenhängen ist Arbeitswelt und Arbeitsgesellschaft heute als Lohnarbeitswelt und Lohnarbeitsgesellschaft zu verstehen.

Wenn man davon ausginge, daß das Ende der Arbeitsgesellschaft das Ende der Demokratie bedeutete, da nur Lohnarbeit »das Eintrittsticket in alle anderen Formen der Teilhabe an den Chancen moderner Gesellschaften«⁷ darstellt, dann stellt sich die Frage, welchen Wert eine Demokratie hat, die Lohnarbeit als entfremdete Arbeit benötigt, eine Arbeitsform also, die Marx ja gerade abgeschafft wissen wollte? Gleichzeitig beobachten wir eine drastische und rapide zunehmende Veränderung der Arbeitswelt durch die zunehmende Automatisierung von Produktionsvorgängen, die die menschliche Arbeitskraft überflüssig macht. Als Prozeß in verschiedenen Etappen wurde dieser Wandel in der Produktion bereits von Marx erkannt, der die These aufstellte, daß die Unternehmer immer bestrebt seien, die Lohnkosten zu senken und die Produktionsmittel soweit wie möglich in ihre Verfügungsgewalt zu bekommen; »durch Teilung der Arbeit, die die Operationen der Arbeiter schon mehr und mehr in mechanische verwandelt, so daß auf einem gewissen Punkt der Mechanismus an ihre Stelle treten kann. ... Was Tätigkeit des lebendigen Arbeiters war, wird Tätigkeit der Maschine.«⁸ In Ansätzen, wenn auch in seinen Schlußfolgerungen unzureichend, hat auch Lenin diese Gefahr als Möglichkeit einer von der menschlichen Arbeitskraft unabhängigen Entwicklung zur Steigerung des Mehrwerts erkannt.⁹ Die Automation, die bereits in den zwanziger Jahren in den US-Fabriken Einzug hielt und die zweite industrielle Revolution begründete, bestätigte diese Thesen, die schon bei Marx' Ausführungen zum »relativen Mehrwert« ausführlich dargestellt wurden. Zwischen 1919 und 1929 wurden in den USA 2,5 Millionen

Arbeitsplätze vernichtet.¹⁰ Um der Massenarbeitslosigkeit und dem gesunkenen Durchschnittseinkommen als Gefahr für den Konsum zu begegnen, führte man den Kundenkredit und Ratenkauf ein, der aus hart arbeitenden, genügsamen Menschen Hedonisten auf der Suche nach den allerneuesten Befriedigungen machte, wie Marchand es beschrieb¹¹, und gleichzeitig zu einer Überhitzung der Wirtschaft führte – eine Entwicklung (Massenproduktion zur Befriedigung eines künstlich erzeugten Konsumverhaltens), die insgesamt mit den Begriffen Fordismus und Taylorismus gekennzeichnet wurde.¹² Gleichzeitig senkte man damals bereits in unterschiedlichem Maße die wöchentliche Arbeitszeit, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Kellogg's, Sears Roebuck, Standard Oil und Hudson Motors zum Beispiel führten in den dreißiger Jahren die 30-Stunden-Woche ein.¹³ Trotzdem ging der Arbeitsplatzabbau weiter. So wurden allein in den USA zwischen 1956 und 1962 über anderthalb Millionen Menschen durch die Automatisierung in der Industrie arbeitslos.¹⁴

Heute erahnen wir bereits die Folgen einer weiteren Entwicklung, die unter dem Schlagwort »Dritte Industrielle Revolution« in das Schrifttum Eingang gefunden hat und die dabei ist, die Situation nicht nur des Arbeitsmarktes, sondern auch der gesamten zukünftigen Arbeitswelt zu verändern. Nach der Automatisierung ist dies die Digitalisierung. Für sie gelten noch in viel stärkerem Maße jene heute beinahe prophetisch klingenden Sätze des britischen Ökonomen John M. Keynes, die er 1930 schrieb: »Wir sind von einer neuen Krankheit befallen, deren Namen einige Leser noch nicht gehört haben mögen, von der sie aber in den nächsten Jahren noch recht viel hören werden, nämlich technologischer Arbeitslosigkeit. Das bedeutet Arbeitslosigkeit, weil unsere Entdeckung von Mitteln zur Ersparung von Arbeit schneller voranschreitet als unsere Fähigkeit, neue Verwendung für die Arbeit zu finden.«¹⁵ Auch wenn nicht in einer direkten Kausal-Statistik zusammenfaßbar, sind sich die Arbeitsmarktanalysen und Forscher darüber einig, daß der Einsatz moderner Technologien bereits heute zu tiefgreifenden organisatorischen Veränderungen, das heißt, Arbeitsplatzabbau zur Verschlingung der Unternehmen, geführt hat. So haben die 14 größten Arbeitgeber in der BRD zwischen 1992 und 1995 per Saldo bereits eine Viertel Million Arbeitsplätze abgebaut – Tendenz: steigend.¹⁶

Die Veränderung des Arbeitsmarktes spiegelt sich aber nicht allein im Abbau von Arbeitsplätzen wider. Auch die Struktur des Arbeitsmarktes verändert sich immer stärker. Waren 1905 noch ca. 28 Prozent im Dienstleistungsbereich, 36 Prozent in der Landwirtschaft und 40 Prozent der Arbeitskräfte in der Industrie beschäftigt, so waren es 1990 59 Prozent im Dienstleistungsbereich, 39 Prozent in der Industrie und nur noch 4 Prozent in der Landwirtschaft. Prognosen zufolge wird im Jahre 2010 diese Schere noch stärker auseinanderklaffen: dann sollen nur noch etwa 2 Prozent in der Landwirtschaft, 20 Prozent in der Industrie, ca. 24 Prozent im Bereich allgemeine Dienstleistungen und ca. 58 Prozent im Bereich Information tätig sein. Diese Zahlen allein zu betrachten, genügt jedoch nicht. Deutlich wird, daß mit dem Niedergang der klassischen Industrie- und Agrararbeit der Dienstleistungssektor einen überproportionalen Aufschwung nimmt, wobei dieser Sektor vor allem in England, den

10 Vgl. Technology and Culture, April 1991, S. 274f.; zitiert nach: Jeremy Rifkin: Das Ende der Arbeit, Frankfurt/New York 1996, S. 29.

11 Roland Marchand: Advertising the American Dream: Making Way for Modernity, Berkeley 1985, S. 4f.

12 Vgl. D. Gartman: Origins of the Assembly Line and Capitalist Control of Work at Ford, in: A. Zimbalist (ed.): Case Studies on the Labour Process, Monthly Review, 1979; D. Harvey: The Conditions of Postmodernity, Oxford 1989; J.H. Goldthorpe: The End of Convergence: Corporatist and Dualist Tendencies in Modern Western Societies, in: J.H. Goldthorpe (ed.): Order and Conflict in Contemporary Capitalism, Oxford 1984 und C.F. Sabel: Work and Politics: The Division of Labour in Industry, Cambridge 1982.

13 Vgl. Benjamin Hunnicutt: Work without End: Abandoning Shorter Hours for the Right to Work, Philadelphia 1988, S. 148.

14 Vgl. Jeremy Rifkin: Das Ende der Arbeit, Frankfurt/New York 1996, S. 55.

15 John Maynard Keynes: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, in: Ders.: Politik und Wirtschaft, Männer und Probleme, Tübingen 1956, S. 267.

16 Zu dieser Angabe sowie einer genaueren Analyse des sich verändernden Arbeitsmarktes vgl. Johann Welsch: Arbeiten in der Informationsgesellschaft, Studie für den Arbeitskreis Arbeit-Betrieb-Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1997, S. 17.

USA und Frankreich ein überdurchschnittliches Wachstum zeigt, während dies in Deutschland noch schwächer ausfällt. Gleichzeitig wird aber auch noch zwischen primären Dienstleistungen (Bürotätigkeit, Handeln/Verkaufen, allgemeine Dienstleistungen) und sekundären Dienstleistungen (Ausbilden/ Beraten/Informieren, Sichern/Recht anwenden, Organisation/Management und Forschen/Entwickeln) unterschieden. Nach Tätigkeitsgruppen unterschieden, ergeben Prognosen, daß sich im Bereich der produktionsorientierten Tätigkeiten die Anteile im Sektor »Produzieren/Herstellen/Gewinnen« von 19,2 Prozent (1991) auf 12,6 Prozent (2010), im »Maschinen/Anlagen steuern« von 8,2 Prozent (1991) auf 10,7 Prozent (2010) und im »Reparieren« von 6,1 Prozent (1991) auf 6,3 Prozent (2010) verändern werden. Im Bereich Primäre Dienstleistungen wird der Anteil von »Handeln/Verkaufen von 10,7 Prozent (1991) auf 11,1 Prozent (2010) steigen, der der »Bürotätigkeit« jedoch von 17,0 Prozent (1991) auf 16,8 Prozent (2010) und der Anteil der »allgemeinen Dienstleistungen« von 11,9 Prozent (1991) auf 11,0 Prozent (2010) sinken. Neben dem drastischen Rückgang im klassischen industriellen Sektor »Herstellen und Produzieren« werden die höchsten Steigerungen im sekundären Dienstleistungsbereich zu finden sein: der Bereich »Organisation/Management« soll von 6,3 Prozent (1991) auf 9,1 Prozent (2010) und der Sektor »Ausbilden/Beraten/Informieren« von 11,8 Prozent (1991) auf 14,6 Prozent (2010) anwachsen.¹⁷

17 Vgl. Johann Welsch: Arbeiten in der Informationsgesellschaft, Studie für den Arbeitskreis Arbeit-Betrieb-Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1997, S. 30.

Weitere Veränderung der zukünftigen Arbeitswelt, bedingt durch Digitalisierung und Vernetzung sowie der Reduzierung vieler Betriebe auf eine kleine Kernbelegschaft am Produktionsstandort, werden das Umsichgreifen von Teleheimarbeit und eine allgemeine Globalisierung des Arbeitsmarktes sein. Neben diesen Veränderungen zeigen jedoch alle Analysen an, daß die Menge der verfügbaren Lohnarbeit weit hinter der Masse der Anbieter von menschlicher Arbeitskraft zurückfallen wird. Marx hat darin die Grundlage für die Möglichkeit einer anderen gesellschaftlichen Stellung von Arbeit gesehen, in der der Gegensatz zwischen geistiger und körperlicher Arbeit verschwindet, da sich die Lohnarbeit mit der Regulation durch den Wert auflöst, indem der Mensch durch seine Tätigkeit zur Überwachung und Disposition eines Produktionsprozesses »Dinge« (Maschinen, etc.) für sich arbeiten läßt.¹⁸ Das Ende von Lohnarbeit im klassischen Sinne der entfremdeten Arbeit ist daher anstrebenwert und kann niemals das Ende der Demokratie bedeuten. Für mögliche Lösungen der Probleme in unserer Arbeitswelt ist daher die überkommene Definition der Arbeitskraft als Ware, die der Kapitalist kauft, nicht mehr hinreichend. Wenn der Kapitalist die angebotene Ware menschliche Arbeitskraft nicht mehr kaufen muß, weil er seine Wertschöpfung aus automatisierter Produktion erzielt, wird entweder im bisherigen Gesellschaftssystem das weitere Anwachsen der Arbeitslosigkeit zum sozialen Sprengstoff, der eine Gesellschaft, die eine solche Entwicklung zuläßt, auf längere Sicht zerstören muß (destruktiver Ansatz mit der Konsequenz, die dann entstehende Gesellschaft möglicherweise nicht entscheidend mitgestalten zu können), oder es wird ein neues Gesellschaftssystem geschaffen (konstruktiv), das auf einem Wert der Arbeit jenseits von Lohnarbeit

18 Siehe dazu Karl Marx: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 592f.; Karl Marx, Friedrich Engels: Werke, Berlin 1959, Bd. 19, S. 21.; Bd. 42, S. 244.

beruht. Grundlage hierfür ist, wie unter anderem Robert Kurz auch schon vielfach betont hat: »Das System der ›Arbeitsplätze‹, d. h. der Verwandlung von ›Arbeit‹ in Geld ist grundsätzlich anzugreifen, statt zu der steinerweichenden Elendsdebatte um die ›Schaffung von Arbeitsplätzen‹ ein jämmerliches Konzept-Scherlein beizutragen«. ¹⁹

Von daher ist auch die Entwicklung gefährlich, die in den USA, den Niederlanden und Großbritannien in den vergangenen Jahren zu einem statistisch absoluten Anwachsen der Arbeitsplätze und des Bruttoinlandsproduktes geführt haben. Diese Form der Schaffung von Arbeitsplätzen wurde in den genannten Ländern erkaufte durch drastischen Sozialabbau, Erhöhung der wöchentlich möglichen Arbeitszeiten und einen stärkeren Anteil von Teilzeitarbeit. Ein großer Teil der neu eingerichteten »Jobs« (und mehr sind es auch nicht) sind Niedrigstlohtätigkeiten in der freien Verfügbarkeit des Arbeitgebers. So kann heute ein Mittelständler in den USA bei Verlust seines Arbeitsplatzes zwar damit rechnen, innerhalb eines halben Jahres eine Stelle zu bekommen, aber nur zu fünfzig Prozent seiner bisherigen Bezüge. Dies führt dort zum deutlichen Anstieg von Haushalten mit bis zu fünf Jobs, um die notwendigen Lebenshaltungskosten überhaupt noch bestreiten zu können. Hier zeigt sich drastisch der Zynismus des Kapitals: die Arbeit (die objektiv schrumpft) auf mehr Köpfe verteilen, aber zu den Bedingungen des ausgehenden 18. Jahrhunderts, des reinen, unverfälschten Manchester-Liberalismus. ²⁰ Dies darf im Ernst noch nicht einmal das Ziel einer Politik sein, die mehr Lohnarbeitsplätze im klassischen Sinne fordert.

Es ist vielmehr zuerst wichtig, Arbeit als selbstbestimmte, freie, schöpferische Tätigkeit zu begreifen – losgelöst von der Produktion von Waren und von dem klassischen Bild der produzierenden Lohnarbeit. Die entscheidenden Felder, die aufgrund der traditionellen Definition von Arbeit als Lohnarbeit in der kapitalistischen, materialistischen und patriarchalischen Gesellschaft bislang nicht als Arbeit gewertet wurden, sind: Reproduktion von Arbeitskraft, »Hausarbeit«, »gemeinnützige« Tätigkeiten und künstlerische Aktivitäten (soweit der »Künstler« nicht aufgrund eines bereits erreichten Marktwertes seiner/ihrer Produkte seine Ware verkaufen kann). Die Reproduktion von Arbeit wie Kinder aufziehen, einen Haushalt versorgen, häusliche Kranken- und Altenpflege, die Bewahrung der Umwelt durch Einzel- oder Gruppenaktivitäten und die kreative Schöpfung nicht auf dem Markt verwertbarer Kunst findet im Bereich der überkommenen Lohnarbeit kaum oder gar keine Einordnung im Wertschöpfungsgefüge. Ohne diese »Arbeit« wäre unsere Gesellschaft jedoch nicht überlebensfähig. Von daher muß als erster Schritt das Wertschöpfungsgefüge geändert werden. ²¹

Ansätze hierfür wurden bereits in den sechziger Jahren in den USA unter Präsident Johnson deutlich, der eine Einkommenshilfe für Bedürftige forderte. Überraschenderweise haben sogar konservative Ökonomen wie Milton Friedman zur Stabilisierung der Gesellschaft vorgeschlagen, der Staat solle den Bürgern ein Mindesteinkommen garantieren, das jedoch durch seine geringe Höhe dazu ermuntern solle, etwas hinzu zu verdienen, »um den Anreiz, sich weitere Arbeit zu suchen, zu erhalten.« ²² Folgt man diesen Gedanken,

19 Robert Kurz: Die letzten Gefechte, in: *Krisis*, Nr. 18, 1996, S. 49.

20 Eindrucksvoll wird dies durch den tendenziellen Artikel: »Arbeit, Arbeit, Arbeit« im *Spiegel*, Nr. 17, 1997, S. 24-36 belegt. Zu der ökonomischen Entwicklung in den USA mit all ihren Aspekten wie Arbeitslosigkeit, Armut und Rassismus siehe Donald Sassoon: *One Hundred Years of Socialism*, London 1997, S. 763ff.

21 Auch die christlichen Kirchen in Deutschland sehen, daß »die Verengung des Arbeitsbegriffes auf Erwerbsarbeit« fragwürdig ist. Karl Marx folgend, betonen sie aber gleichzeitig, daß »der Mensch für ein tätiges Leben geschaffen« ist und sagen: »Aus christlicher Sicht ist das Menschenrecht auf Arbeit unmittelbarer Ausdruck der Menschenwürde.« Nur muß der Begriff der Arbeit weiter gefaßt werden. Vgl. Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit, hrsg. vom Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland und vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, *Gemeinsame Texte 9*, Hannover – Bonn 1997, S. 62.

22 Milton Friedman, in: *International Labour Review*, Mai/Juni 1987, S. 263.

23 Siehe hierzu die entsprechende Konzeption von Jeremy Rifkin: *Das Ende der Arbeit*, Frankfurt/New York 1996, S. 182.

24 Vgl. Christina Schenk: *Die PDS und der Feminismus – ein noch ungeklärtes Verhältnis*, in: Frigga Haug, Ursula Schröter, Christina Schenk: *Links und feministisch, Controvers*, Berlin 1996, S. 42.

25 Zum Problem von farbigen Frauen auf dem Arbeitsmarkt generell vgl. Keith Grint: *The Sociology of Work*, Cambridge 1991, S. 259-265; Patricia Hill Collins: *The Social Construction of Black Feminist Thought*, in: *Signs*, Nr. 14, 1989, S. 745-773; Bell Hooks: *Black Looks. Popkultur – Medien – Rassismus*, Berlin 1994 sowie Elke Amberg: *Wir setzen dem Rassismus unseren Mut entgegen*, in: *Frankfurter Rundschau* vom 14. Juni 1997.

dann müssen neben einem Mindesteinkommen aber gleichzeitig die heute sogenannten gemeinnützigen Tätigkeiten als Alternative bzw. Ergänzung zu den traditionellen Arbeitsverhältnissen gesehen werden.²³ Diese »dritte Säule« – wie Rifkin sie nennt – der zu vergüteten Tätigkeiten und die Idee des Mindesteinkommens sind schon länger in der Diskussion. An möglichen Modellen fehlt es demnach nicht. Das Problem liegt weniger im Entwerfen von Utopien als in der Realisierung solcher Vorstellungen. Hierbei ist ein nicht zu unterschätzendes Hauptproblem, daß die allermeisten Menschen seit Jahrtausenden gewohnt sind, für ihren Lebensunterhalt arbeiten zu müssen und ihr Selbstwertgefühl von daher heute meist aus bezahlter Arbeit beziehen. Arbeitslosigkeit als Verlust von Lohnarbeit wird somit generell als Makel, als Schande empfunden. Ein Umdenken wird hier nicht leicht sein. Mindestens ebenso schwer, aber genauso wichtig für die Umgestaltung der Arbeitswelt ist die Abschaffung des Patriarchats. In unserer patriarchalischen Gesellschaft erscheint vielen – nicht nur, aber vor allem Männern – angesichts der zunehmenden sozialen Probleme die Geschlechterfrage eine »Luxusdiskussion« zu sein.²⁴ Jedoch: das Geschlechterverhältnis ist zwar nicht alles, aber ohne eine Lösung dieser Frage ist alles andere nichts – auf Sand gebaut. Und Frauen sind – nicht nur bei uns – im Berufsleben immer noch extrem benachteiligt.

Weltweit gesehen sind 62 Prozent aller Arbeitsplätze von Männern besetzt, die dabei auch noch 74 Prozent aller Arbeitseinkommen verdienen. Für die 38 Prozent aller Frauen in Lohnarbeitsverhältnissen bleiben so nur 26 Prozent des gesamten Arbeitseinkommens übrig. 90 Prozent aller Parlamentssitze werden von Männern gehalten und 94 Prozent aller Regierungsposten werden weltweit von Männern bekleidet. Bei diesen allgemeinen Betrachtungen darf man das besondere Problem von Frauen als Angehörige einer ethnischen Minorität in einer Gesellschaft nicht außer Acht lassen, da sich diese Frauen auch ihren Geschlechtsgenossinnen der Majorität gegenüber in einem besonders kritischen Verhältnis befinden. So haben es zum Beispiel schwarze Frauen in der Bundesrepublik noch ungleich schwerer als weiße Frauen, zu ihrem Recht und zu einer freigewählten und gleich bezahlten Arbeit zu kommen.²⁵ Mitte der neunziger Jahre sind in der Bundesrepublik mehr als 40 Prozent aller Beschäftigten (im Alter zwischen 15 und 65 Jahren) weiblich. Zwei Drittel der Frauen arbeiten in nur zehn Berufsgruppen, wobei in den alten Bundesländern 73 Prozent in den Bereichen Büro- und Dienstleistungsberufen tätig sind. 65 Prozent verfügen nur über eine Lehr- und Anlernausbildung, während nur 15 Prozent ein Fachschul-, Fachhochschul- oder Hochschulstudium absolviert haben. Gleichzeitig verdienen vollerbstätige Arbeitnehmerinnen im Durchschnitt 25 bis 30 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen, was dem seit längerem juristisch festgeschriebenen Grundsatz »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit« immer noch auf grausame Art Hohn spricht. Trotz aller Bemühungen liegt der Anteil der Studentinnen an den Hochschulen der alten Bundesländer immer noch bei nur 40 Prozent, der in den neuen Bundesländern bei 46 Prozent. »Die negativen Auswirkungen tradierter Rollenmuster beschränken sich nicht auf die Aufstiegsmöglichkeiten, sondern berühren den gesamten Bereich

von Ausbildung und Beruf.«²⁶ Gleichzeitig sind Frauen am stärksten durch die Flexibilisierung der Arbeitswelt, der Kürzung von Sozialleistungen und von Rationalisierungsmaßnahmen betroffen. Von daher stellen sie auch den größten Anteil der sogenannten Neuen Armen in der westlichen Welt.²⁷

Dies ist von den allermeisten Männern – bewußt und unbewußt – so gewollt. Denn der von Elizabeth Janeway detailliert untersuchte, jahrtausende alte Mythos der Sinnhaftigkeit einer Welt der »starken« Männer, die den »schwachen« Frauen ihren Platz zugewiesen haben, führt zu der Konsequenz: »Die männliche Normalbiographie ist der Standard, sie ist die Norm für die Berufsarbeit. Frauen weichen ab; ihre Andersheit ist nicht Verschiedenheit, sie ist Devianz.«²⁸ Wollen Männer die Norm erfüllen, müssen sie sich die Arbeitswelt als Domäne erhalten und die Frau im Haus lassen. Von daher ist auch der »berufstätige Mann« ein sinnloser Begriff: »Männer im erwerbsfähigen Alter gehen immer einer bezahlten Beschäftigung nach, oder sie sind arbeitslos. Nur für Frauen ist eine Lebenssituation ohne Beruf vorstellbar und gesellschaftlich akzeptiert: die Rolle der Mutter.«²⁹ So hat sich in der patriarchalischen Gesellschaft die Erwerbsarbeit für die meisten Männer als Selbstwertmaßstab herausgebildet, was sie damit in der Rolle des Arbeiten-Müssenden gefangen hält. Sucht mensch nach einer Gesellschaftsordnung, in der Männer und Frauen die gleichen Möglichkeiten zur Entfaltung ihres Selbst und Realisierung ihrer Vorstellungen für ein erfülltes Leben haben sollen, so ist jeder Ansatz, Frauen einen besseren Zugang zur patriarchalischen Arbeitswelt zu schaffen oder Frauen in der existierenden Gesellschaftsordnung mit Männern gleichstellen zu wollen, bereits zum Scheitern verurteilt. Soll es zu einem gleichwertigen Neben- und Miteinander von Frauen und Männern kommen, dann darf die Männerwelt und der Mann nicht mehr die Norm und der Bezugspunkt bleiben.

Da das patriarchalische System sich über tausende von Jahren verfestigt hat, ist mit einer tiefgreifenden Änderung erst zu rechnen, wenn neben den gesetzgeberischen und gesellschaftspolitischen Maßnahmen gleichzeitig auch durch vorbildhaftes Verhalten der Erziehungsberechtigten bzw. Bezugspersonen den Kindern eine Alternative – soweit es nur irgend möglich ist – vorgelebt wird, damit alle anderen Maßnahmen einen Nährboden finden und wir aus unseren anerzogenen Rollenklischees herausfinden. In logischer Folge muß auch in Kindergärten, Horten und Schulen den tradierten Rollenbildern entgegengewirkt werden, was zum einen in modellhaften Versuchen an einzelnen Schulen bereits praktiziert wird³⁰, zum anderen aber durch eine dahinführende, spezifische pädagogische Ausbildung der Betreuerinnen und Betreuer und von Lehrerinnen und Lehrern auf eine allgemein gültige Basis gestellt werden muß. (Da Bildungspolitik immer noch Angelegenheit der Bundesländer ist, könnte z.B. die PDS auf entsprechende Änderungen hinwirken.) Nur so können dann auch als Konsequenz die immer noch vielfach existierenden starren, geschlechtsfixierten Berufsbilder, vor allem im Handwerk, korrigiert werden.

Im Artikel 3 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948 heißt es unter anderem:

26 Gisela Helwig: Ausgestaltung des Gleichberechtigungsggebots, in: Frauen in Deutschland, Informationen zur politischen Bildung, 1. Quartal 1997, Heft Nr. 254, S. 16-26 (Zitat S. 26).

27 Vgl. Maria Mies: Patriarchat und Kapital – Frauen in der internationalen Arbeitsteilung, Zürich 1992, S. 28.

28 Zitat aus: Sieglinde Rosenberger: Geschlechter, Gleichheiten, Differenzen, Wien 1996, S. 85. Zum Mythos der Frauenrolle siehe Elizabeth Janeway: Man's World, Woman's Place, New York 1971.

29 Dieter Schnack und Thomas Gesterkamp: Hauptsache Arbeit, Reinbek bei Hamburg 1996, S. 189. Die Autoren stellen gleichzeitig beispielhaft dar, wie schwer es auch oft Männern durch ihre Umwelt gemacht wird, aus diesem Rollenklischee auszubrechen. Siehe dazu auch Ulrich Beck: Risikogesellschaft - Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt 1986, S. 161-204.

30 Siehe zum Beispiel die Beschreibung von Karl Gebauer: Turbulenzen im Klassenzimmer - Emotionales Lernen in der Schule, Stuttgart 1997, S. 37-46. Auch wenn Gebauer keine »revolutionär linken« Modellversuche beschreibt, so zeigen seine Beispiele bereits heute bestehende Möglichkeiten auf, tradiertes Verhalten abzubauen.

»Jeder Mensch hat das Recht auf Leben.« Was gehört aber zum Leben? Auf der Fachtagung »Multimedia und Arbeitswelt«, veranstaltet von der Industriegewerkschaft Medien und der Deutschen Postgewerkschaft am 3. und 4. Februar 1997 in Bonn, meinte der amerikanische Professor Joseph Weizenbaum, daß zum Grundrecht auf Leben auch das Recht auf Nahrung und Wohnung gehöre. Das wirkt auf den ersten Blick selbstverständlich. Denn ohne Nahrung und (zumeist) ein Dach über dem Kopf können die meisten Menschen nicht leben. Wie sieht es aber in der Realität aus? Für beides müssen sie arbeiten, wenn sie denn Arbeit finden. Das ist ein massiver Widerspruch. Für Nahrung und Wohnung dürften sie gar nicht arbeiten *müssen*, wenn sie wirklich ein Recht auf Leben haben sollen. Dies klingt zuerst einmal utopisch, aber nur, weil wir es seit Jahrtausenden gewohnt sind, uns abzuschuften, um uns und unsere Kinder zu ernähren. Nur heißt das nicht, daß das richtig ist. Der erste Ansatz ist die Abschaffung der auf Warenproduktion ausgerichteten Gesellschaft, auch wenn dies ebenfalls reichlich utopisch klingt, wie zum Beispiel Ernst Lohoff erst kürzlich vermerkt hat.³¹ Am deutlichsten hat diese Forderung bislang Robert Kurz ausgeführt: »Der jetzt geforderte ›dritte Weg‹ kann kein Mittelweg mehr sein. Er muß in eine Gesellschaft jenseits von Markt und Staat führen, d.h. in die Aufhebung des modernen warenproduzierenden Systems. ... Damit fällt auch der ›Arbeitsplatz‹-Fetischismus, weil die individuelle Reproduktion in einer entmonetarisierten, inhaltlich vernetzten Gesellschaft nicht mehr von der Verausgabung abstrakter Arbeitskraft in ebenso abstrakten betriebswirtschaftlichen Vernutzungsprozessen abhängig gemacht werden kann.«³² Was zuerst wie eine Kritik an Marx wirkt und mit der These des Demokratieverlustes bei Fortfall der Lohnarbeit unvereinbar ist, bedeutet in Wahrheit nur eine konsequente Fortentwicklung Marxscher Ideen, wie auch der Rezensent des Kurzschen Buches *Der Kollaps der Modernisierung*, Rudolf Hickel, am 4. Januar 1992 in der *Frankfurter Rundschau* dem Autor attestierte.

Jede Analyse sowie Kritik der Situation und jedwedetes Entwickeln von Utopien muß jedoch eines Tages an der Umsetzbarkeit dieser Gedanken meßbar sein. Vom »müssen« und »sollen« weitergehend, kommt es nunmehr darauf an, Umsetzungsschritte zu entwickeln und die Kräfte und Prozesse zu benennen, die die Veränderung unserer Gesellschaft herbeiführen hilft. Auch wenn sich die unterschiedlichsten Kräfte und Personen diverser politischer Couleure in der westlichen Welt einig sind, daß Veränderungen nötig sind und wir unsere Gesellschaft verändern müssen, so sind wir doch in großen Teilen noch weit von einer neuen sozialistischen Gesellschaft entfernt und müssen sehen, wie wir im Bereich des Möglichen Veränderungen dahingehend herbeiführen, ohne nur plakativ nach der Abschaffung der Warengesellschaft zu rufen. Hier kommen den Einzelnen, den Parteien, Gewerkschaften und der Regierung unterschiedliche Aufgaben zu, die wiederum alle ineinandergreifen müssen.

Erstens: Der erste Schritt auf dem Weg zu einer neuen Gesellschaft ist die Willensbildung der Menschen. Über die politische Diskussion im kleinsten Kreis, das vorbildhafte Verhalten der Individuen, der Erziehung von Hort bis Hochschule, bis hin zu den Medien

31 Ernst Lohoff: editorial, in: *Krisis* Nr. 18. März 1996, S. 5.

32 Robert Kurz: *Der Kollaps der Modernisierung*, Leipzig 1994, S. 310f.

und den Diskussions-Kreisen, Veröffentlichungen, bzw. Veranstaltungen von Parteien kann eine breite, allgemeine Akzeptanz für die Umgestaltung wachsen. Dies mündet in den nächsten Schritt, in dem die Legislative durch geeignete Strukturmaßnahmen die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen hat, damit sich das, was die einzelnen erkannt haben, auch umsetzen läßt.

Zweitens: Ein weiterer, kleiner (wenn auch wichtiger) Schritt auf dem langen Weg in eine neue Arbeitswelt, in der Arbeit ganz allgemein als selbstbestimmter, freiwilliger, kreativer Gestaltungsprozeß zwischen Mensch und Natur definiert wird, ist sodann zum Beispiel die Schaffung eines neuen Steuermodells, das weit über die »Reformansätze« der SPD mit ihrer geforderten Senkung der Lohnnebenkosten, der Entlastung des konsumintensiven Einkommens und der Unternehmenssteuerreform hinauszuweisen hat, da die von der SPD geforderten Veränderungen letztendlich nur systemstabilisierend wirken. Nicht mehr die menschliche Arbeit, sondern der Produktionsausstoß von Betrieben ist zu besteuern (gerade wenn sie mehr und mehr vollautomatisch produzieren!). Eine Umweltsteuer muß eingeführt werden, in der Betriebe dazu angehalten werden, nicht nur schadstoffarm zu produzieren, sondern ihren Abfall auch entsprechend zu entsorgen. Je höher die Gefahr für die Allgemeinheit aus den Abfallprodukten sein könnte, desto höher müssen nicht nur die Auflagen, sondern auch die Steuern für diese Unternehmen ausfallen. Als entscheidender Schritt muß eine hohe Kapitalertragsteuer für all die Unternehmen eingeführt werden, die nicht in Form von Kooperativen mehrheitlich den Beschäftigten gehören. Dies knüpft an Überlegungen an, die z. B. der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler David Miller in seinem Buch *Market, State, and Community* und der Ökonom John Roemer entwickelt haben. Nach Millers Modell »sind Kooperativen die dominante Unternehmensform« in dem von ihm propagierten Marktsozialismus. »Jede Kooperative entscheidet selbst über ihre Produkte, Produktionsmethoden, Preise, usw. und konkurriert auf dem Markt mit anderen Kooperativen. ... Die erwirtschafteten Nettogewinne fließen in eine Gemeinschaftskasse, aus der dann Einkommen gezahlt, Rücklagen gebildet werden usw.«³³ Dies geht weit über die zu Recht kritisierte Arbeitnehmerbeteiligung als sogenannter »Königsweg« zur Sicherung von Arbeitsverhältnissen hinaus.³⁴ Auch die Quotierung ist in neuer Form einzurichten. So sehr sie in ihrem Bezug auf die patriarchalische Gesellschaftsordnung für Feministinnen ein Paradoxon darstellt, so ist eine Form denkbar, in der zum einen auch Männer der Quotierung dergestalt unterliegen, daß kein Arbeitsplatz für sie ohne gleichzeitig bezahlte Zeit für Arbeit im Reproduktionsbereich, im Sozialen und Ökologischen garantiert wird³⁵ und zum anderen jede erziehende Frau und alleinerziehende Männer eine um mindestens 25 Prozent erhöhte Entlohnung (die Erhöhung müßte möglicherweise in der ersten Stufe vom Staat subventioniert werden) erhalten. Der Gesetzgeber hat auch – als ersten »kleinen« Schritt – für die notwendige legislative Basis für Übergänge zwischen Kurz- und Vollzeitbeschäftigung (z. B. Flexibilisierung der Arbeitszeit, Kurzarbeitergeld auch im öffentlichen Dienst, etc.), zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung (ABM, Strukturpolitische Lohnsubventionen,

33 Zitiert nach Thomas Bonschab: Marktsozialismus als neues Gesicht, in: Frankfurter Rundschau vom 18. März 1997.

34 Zur Kritik an diesem Modell vgl. zum Beispiel Thomas Enke: Arbeitnehmerbeteiligung – kein Königsweg für sichere Jobs, in: Disput, Nr. 7, 1997, S. 7f.

35 Zu dem komplizierten Thema der Quotierung vgl. z. B. Frigga Haug: Frauenpolitiken, Hamburg – Berlin 1996, S. 35-45.

36 Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus, Ein Kommentar, herausgegeben von: Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V., Berlin 1997, S. 171.

37 Vgl. Arne Heise: Arbeit für Alle – Vision oder Illusion?, Marburg 1996, S. 290ff.

etc.), zwischen Bildung und Beschäftigung (Umschulung, Fort- und Weiterbildung), zwischen privater Tätigkeit und Erwerbstätigkeit (Elternurlaub, Sabbatical) und zwischen Beschäftigung und Rente oder Pension (Teilzeitrente, Lohnsubventionen für Ältere) zu sorgen, wie zum Beispiel Dieter Klein im *Kommentar Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus*³⁶ hervorgehoben hat. All diese Maßnahmen wie auch radikalere Arbeitszeitverkürzungen werden zunehmend auch von führenden Wirtschaftswissenschaftlern dringend empfohlen, wie zum Beispiel von Arne Heise vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut in Düsseldorf.³⁷

Drittens: Um all diese Maßnahmen finanzieren zu können, bedarf es zusätzlich zum normalen Gesetzgebungsverfahren auch einer Verfassungsänderung, um die Aufteilung der Staatseinnahmen neu zu regeln und damit das Steueraufkommen anders zu verteilen. Dann kann der Bundeshaushalt der BRD neu strukturiert und alleine der Verteidigungshaushalt drastisch reduziert werden, um Mittel in die Kommunen zurückfließen zu lassen, die diese verstärkt für die Entlohnung sogenannter gemeinnütziger Aufgaben wie Alten- und Krankenpflege, Betreuung und Umweltpflege und -schutz auszugeben haben. So ist eine spezielle Pflege- und Bildungssteuer für größere Betriebe denkbar, die direkt für Pflege, Betreue und Bildung bzw. Ausbildung gedacht ist. Auch die Errichtung von Prestigebauwerken bestimmter Unternehmensgruppen wie Banken, Versicherungen und Autohersteller muß so hoch besteuert werden, daß die entsprechenden Rückflüsse den Kommunen zugute kommen. Bei der ebenfalls denkbaren Einführung eines Mindesteinkommens sind vor allem Menschen (ob Mann oder Frau), die Kinder aufziehen, durch besondere Zulagen wirtschaftlich zu kompensieren bzw. dem Arbeitslohnempfänger gleichzustellen. In Verbindung mit der Entwicklung von Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen, der zu erwartenden deutlichen Zunahme von Teleheimarbeitsplätzen und dem durch Outsourcing bedingten Anwachsen von abhängigen Selbständigen wird sich dann nicht nur das Wirtschafts-, sondern auch das Gesellschaftsgefüge verändern. Die community im Sinne einer engen, überschaubaren Nachbarschaft wird das Industrieballungszentrum und die Stadt als Mittelpunkt des Erwerbslebens ablösen. Hausarbeit und Erwerbstätigkeit werden untrennbar miteinander verbunden sein.

Viertens: Hier sind als weiterer Schritt dann die Gewerkschaften und Arbeitgeber gefragt, als Partner nicht nur die in vielen Bereichen sich bereits entwickelnde Willensbildung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer umzusetzen, sondern gemeinsam Wege zu finden, zum einen die bereits vorhandenen Regelungen auszuschöpfen und zum anderen durch neue Vereinbarungen den Gesetzgeber zum Handeln zu zwingen, wie z.B. VW mit seinen Arbeitszeitkonten-Regelungen die Regierung zum Erarbeiten von entsprechenden Gesetzentwürfen genötigt hat. In den Bereich der bereits heute tarifierbaren Regelungen gehören das Verankern von mehr Teilzeitarbeitsplätzen mit garantiertem Rückkehrrecht, die Arbeitszeitverkürzung mit integrierter Fort- und Weiterbildungsverpflichtung (Modell: z.B. 36-Stunden-Woche, davon gehen 2 Stunden fest für entsprechende Bildungsveranstaltungen weg, bleiben 34 Stunden als disponierbare Arbeitszeit bei einer vertraglichen Arbeitszeit von 32 Stunden, was

bedeutet, daß pro Woche automatisch zwei Stunden als Mehrarbeit dem Langzeitarbeitskonto für z. B. ein Sabbatical oder Verkürzung der Lebensarbeitszeit gutgeschrieben werden), Altersteilzeit-, Zeitkonten- und Teleheimarbeit. Allerdings setzt dies nicht nur bei den Arbeitgebern, sondern auch bei vielen Gewerkschaften Umdenkprozesse voraus, z. B. was das Verhältnis zu neuen Technologien anbelangt. Historisch begründbar und verständlich haben sich Gewerkschaften ganz allgemein gegen neue Technologien gewandt, wenn diese sich als Job-Killer erwiesen haben. In der IG Druck und Papier (später IG Medien) waren die Setzer die ersten, die diesen Prozeß mitgemacht haben. Das Beispiel der Setzer zeigt aber gerade auch, daß man mit der klassischen Abwehrhaltung die neuen Technologien weder verhindern, noch alte Berufsbilder retten kann und man gleichzeitig das Vertrauen der jungen Kolleginnen und Kollegen verliert, die mit diesen Technologien gut zu leben und umzugehen wissen, ein positives Verhältnis dazu haben und Gewerkschaften daher nicht als Partner sehen, sondern für einen aussterbenden Dinosaurier halten. Von daher haben die Gewerkschaften die Informations- und Kommunikationstechnologien als Chance demokratischen Lernens und eines allgemeinen Informationszugangs zu begreifen. Sie müssen sich im Bereich audiovisuelle Medien mit den heutigen und vor allem den Zukunftsmöglichkeiten der neuen Techniken auseinandersetzen, dürfen sie nicht a priori ablehnen, sondern kritisch betrachten und Szenarien entwickeln, wie sie in Zukunft damit umzugehen denken und wo sie Entwicklungen begrüßen, wo ablehnen, neue Arbeitsorganisationen und Berufsbilder mitgestalten (wie teilweise bereits geschehen) und Schutz vor radikaler Selbstausbeutung bzw. absoluter Abhängigkeit fordern bzw. anbieten können. Der Sachverstand hierzu ist in vielen Betrieben bereits vorhanden, was auch die Betriebs- und Personalräte in die Pflicht nimmt.

Fünftens: Darüber hinaus ist es mehr denn je – nicht nur auf Grund der Internationalisierung des Kapitals, sondern speziell auch wegen des engeren Zusammenwachsens von Europa – dringend notwendig, daß sich systemkritische Parteien und die Gewerkschaften über den bis dato klassischen Austausch von Grußadressen hinaus in internationaler Zusammenarbeit verbinden, um gemeinsam Strategien zu entwickeln, die man dem bereits sehr gut international zusammenarbeitenden Kapital entgegensetzen kann.

Da kaum von einer »Einsicht« der Kapitalisten in die Abschaffung der Warengesellschaft ausgegangen werden kann und schlagartige revolutionäre Veränderungen nicht zu erwarten sein dürften, sind die erwähnten »kleinen« Schritte die ersten notwendigen Maßnahmen, um eine grundlegende Veränderung unserer kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu erreichen und die Menschen mit den Möglichkeiten der Veränderung und einer sozialistischen Gesellschaft vertraut zu machen. Die angestellten Überlegungen sollen daher nur als kurzer Abriss Handlungsnotwendigkeiten und Chancen in einer sich verändernden Arbeitswelt skizzieren, wobei der Überschaubarkeit wegen bewußt auf eine detaillierte Darstellung des Komplexes der Internationalisierung von Arbeit und der globalen Arbeitswelt mit den verschiedenen Entwicklungsphasen in den Schwellen- und Dritte-Welt-Ländern verzichtet wurde. Nur am Rande sei noch erwähnt,

38 Die Unternehmensberatungsfirma Arthur D. Little kam in diesem Zusammenhang zu dem Schluß, daß in Europa im Laufe der nächsten zehn Jahre 4 Millionen neuer Multimedia-Arbeitsplätze entstehen werden. FAZ vom 28. April 1994 und vom 19. Januar 1995.

daß die Hoffnung vieler, die neuen Technologien auf der Basis der Digitalisierung schüfen neue Arbeitsplätze, zur Zeit wenig begründbar erscheint.³⁸ Durch die Digitalisierung und die Verbreitung von Daten-Netzen kommt es gerade in den Bereichen wie Reisen/Transport, Finanzdienstleistungen, Verarbeitung und Softwareentwicklung zu einem globalen Outsourcing. So verdienen Software-Programmierer und Ingenieure in Indien zum Beispiel zwischen einem Fünftel und einem Achtel des Monatsgehalts ihrer Kollegen in den USA, Westeuropa und Japan, wobei Programmierer in Rußland und China noch weniger erhalten und von daher stark auf den internationalen Markt drängen. Der Arbeitslosigkeit jedenfalls läßt sich heute aufgrund des Abbaus der klassischen Industriearbeitsplätze und des Übergangs der Unternehmen vom traditionellen Großbetrieb über die Aufspaltung in kleinere Kernbetriebe hin zum »virtuellen Unternehmen« jedoch nur begegnen, indem man entweder radikal zum Manchester-Liberalismus zurückkehrt wie zur Zeit in Ländern wie den USA, England oder den Niederlanden oder mit einem neuen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem.